



Ausschussdrucksache 21(12)226

53100

4. November 2025

**Stellungnahme des Sachverständigen Herrn Quentin Gärtner, Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz, zur öffentlichen Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des Wehrdienstes - Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDModG)
(BT-Drucksache 21/1853)**

Quentin Gärtner

Generalsekretär der Bundesschülerkonferenz

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung

Wehrdienst-Modernisierungsgesetz (WDModG)

BT-Drucksache 21/1853 vom 29.09.2025

im November 2025

Vorbemerkung

Die Bundesschülerkonferenz (BSK) ist die ständige Konferenz der Landesschülervertretungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland und vertritt mehr als 7,5 Millionen Schülerinnen und Schüler. Die BSK tritt dafür ein, dass sich junge Menschen aktiv in politische Prozesse einbringen können und damit ein grundlegendes Demokratieverständnis entwickeln. Dies ist aus unserer Sicht essentiell für eine demokratische und offene Gesellschaft. Aus diesem Grund ist die Nicht-Beteiligung junger Menschen während der Erarbeitung des Gesetzentwurfs zum Wehrdienst-Modernisierungsgesetz ein Fehler.

Beteiligung von Betroffenen

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass junge wehrpflichtige Männer, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, mittels Fragebogen zu ihrer Bereitschaft für den Wehrdienst, ihre Qualifikationen und Interessen Auskunft geben sollen und gegebenenfalls gemustert werden. Hieraus - so die Annahme - entstehe eine intensivere Befassung junger Menschen mit dem Wehrdienst und auch die Bereitschaft, diesen freiwilligen Dienst zu leisten. Das Prinzip der Freiwilligkeit kann allerdings nur funktionieren, wenn junge Menschen davon überzeugt sind, dass sie tatsächlich einen relevanten Beitrag leisten und auch im Sinne einer demokratischen Willensbildung an den Prozessen beteiligt sind, die sie betreffen. Diese Beteiligung ist im Prozess der Erarbeitung des Gesetzentwurfs seitens des Bundesverteidigungsministeriums nicht erfolgt.

Junge Menschen werden diejenigen sein, die schon während ihrer Schulzeit mit der Musterung bzw. Fragebogenabfragen konfrontiert sein werden. Sie sollen letztlich die Lücken füllen, die das Bundesverteidigungsministerium auf anderem Wege in den Streitkräften nicht schließen konnte. Werbemaßnahmen, die auf gute Bezahlung hinweisen und markige Sprüche nutzten, waren offensichtlich nicht in ausreichendem Maße wirksam. Dies ist aus unserer Sicht ein Hinweis darauf, dass, wie in vielen anderen Lebensbereichen auch, junge Menschen nicht so oberflächlich sind, wie es ihnen offensichtlich unterstellt wird. Sie entwickeln Motivation aus tatsächlicher Einbindung, sie empfinden Sinn für ihr Tun, wenn sie ernst genommen werden und sie das Gefühl haben, dass ihre Interessen mitbedacht werden.

Wir fordern eine strukturelle Einbindung junger Menschen in politische Entscheidungsfindungsprozesse im Sinne einer Konsultationspflicht z.B. durch Einbeziehung von Jugendvertretern bei der Erarbeitung von Gesetzen, die junge Menschen betreffen. Welche Organisationen diese Aufgabe dann wahrnehmen, ist auf parlamentarischer Ebene zu klären. Hier erhebt die Bundesschülerkonferenz nicht den alleinigen Anspruch, künftig Ansprechpartner zu sein. Uns geht es darum, dass grundsätzlich Beteiligungs- und Anhörungsmechanismen ein selbstverständlicher Teil der Erarbeitung von Gesetzentwürfen schon vor den parlamentarischen Verfahren sind, beispielsweise in Austauschformaten mit den jeweiligen Referaten.

Resilienz der Gesellschaft/Gesamtverteidigungsfähigkeit

Kinder und Jugendliche sind besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt, die auf einer strukturellen Ignoranz von Entscheidungsträgern beruhen. Im Corona-Lockdown haben junge Menschen besonders darunter gelitten, dass ihre sozialen Bindungen wegbrachen und die Schulen als zentrale Lebens- und Lernorte geschlossen wurden. Trotz der großen Verantwortung, die junge Menschen während der Pandemie beim Schutz von Risikogruppen solidarisch getragen haben und der erwartbaren psychischen Folgen dieser extremen Belastung wurden sie direkt nach der Corona-Krise wieder vergessen. Statt großflächig in die Resilienz und Bildung junger Menschen zu investieren, geriet die jüngste Generation aus dem Blickwinkel der Politik. Zahlreiche junge Menschen fühlen sich heute einsam, depressiv oder leiden unter Angststörungen. Die Prävalenz psychischer Auffälligkeiten unter jungen

Menschen hat nie wieder das Niveau von vor der Pandemie erreicht.¹ Die Schulqualität nimmt seit Jahren ab.²³

Dies hat das Potenzial, die Bereitschaft abzuwürgen, sich für das Land zu engagieren und mit voller Kraft einzubringen.

Stattdessen brauchen wir in einer Gesellschaft, die vielfältige Herausforderungen erlebt, junge Menschen, die bereit sind, sich einzubringen und ihre Lebensentwürfe so zu gestalten, dass sie als bestmöglich gebildete und resiliente Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Säule der Gesellschaft werden.

Die Bereitschaft junger Menschen ist grundsätzlich als sehr hoch einzuschätzen, da Jugendliche prinzipiell ihr Leben positiv gestalten möchten. Die allermeisten treibt das Ziel an, einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten.⁴ Diese intrinsische Motivation wird aber nicht verstärkt, wenn Verantwortung lediglich eingefordert wird, aber umgekehrt junge Menschen einen Staat erleben, der nicht ernsthaft Verantwortung für Bildung und Gesundheit seiner jüngsten Bürger übernehmen möchte. Begleitend zum vorliegenden Gesetzentwurf sollte die Bundesregierung daher ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, das explizit die Förderung junger Menschen avisiert, vorrangig in den Bereichen Gesundheit und Bildung. Die ersatzlose Streichung des Kulturpasses in diesem Zusammenhang war ein Fehler, der korrigiert werden sollte. Junge Menschen müssen das Gefühl haben, dass der Staat nicht nur Einsatz von ihnen einfordert, sondern sie auch auf diesen Einsatz vorbereitet. Zu häufig fühlen sich junge Menschen in ihrer Rolle als Geber-Generation, also einer Generation, die mehr beitragen wird, als sie umgekehrt von der Gesellschaft zurückfordern könnte, allein gelassen.

Wer auf ein Modell von Freiwilligkeit beim Wehrdienst setzt, muss diesem Gefühl etwas entgegensetzen, und zwar schon vor dem 18. Lebensjahr, das im vorliegenden

¹ Kaman, A., Erhart, M., Devine, J. et al. Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Zeiten globaler Krisen: Ergebnisse der COPSY-Längsschnittstudie von 2020 bis 2024. *Bundesgesundheitsbl* 68, 670–680 (2025). <https://doi.org/10.1007/s00103-025-04045-1>

² Stanat, P., Schipolowski, S. et. al. (Hrsg.): IQB-Bildungstrend 2024: Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der 9. Jahrgangsstufe im dritten Ländervergleich. Berlin: Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen – Wissenschaftliche Einrichtung der Länder an der Humboldt-Universität zu Berlin (2025). <https://doi.org/10.31244/9783818851002>

³ Lewalter, D., Diedrich, J., Goldhammer, F., Köller, O., & Reiss, K. (Hrsg.): *PISA 2022 – Zusammenfassung. Analyse der Bildungsergebnisse in Deutschland*. München: Zentrum für internationale Bildungsvergleichsstudien (ZIB) an der Technische Universität München (2023). <https://doi.org/10.25656/01:28666>

⁴ EUROBAROMETER: Youth and Democracy in the European Year of Youth. Flash Eurobarometer 2282. Europäische Kommission, Mai 2022. Online abrufbar unter: <https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2282> (Zugriff am 2. Nov. 2025)

Gesetzentwurf benannt wird. Ansonsten ist das Prinzip Freiwilligkeit in diesem Kontext zum Scheitern verurteilt.

Auch im Sinne der Gesamtverteidigungsfähigkeit Deutschlands ist ein Investment in Bildung und Resilienz junger Menschen unerlässlich.

Schlussbemerkung

Die Resilienz der Gesellschaft wird nachhaltiger und stabiler sein, wenn junge Menschen nicht ausschließlich als Ausputzer für Entwicklungen betrachtet werden, die sie nicht zu verantworten haben. Unsere Generation ist bereit und leistungswillig. Dies kann für den einen oder die andere auch für einen freiwilligen Wehrdienst gelten - Bereitschaft und Ablehnung sind hier sehr individuell angelegt. Eine offene Diskussion auf Augenhöhe muss die Voraussetzung sein, wenn diese Gesellschaft jungen Menschen mit einem Wehrdienst weitere Herausforderungen und Belastungen auferlegen möchte. Nur so können sich demokratisch gefestigte, resiliente und optimistische Menschen entwickeln, die die Zukunft Deutschlands sein sollen. Die Botschaft an junge Menschen muss unmissverständlich klar sein: Wir fordern etwas von euch ein, fördern euch aber zuvor ausreichend, um mit diesen Herausforderungen umzugehen und sie bestmöglich bewältigen zu können.